

Vertrag über die ehrenamtliche Tätigkeit an Schulen

Zwischen

Name der Schule	Schulnummer
Name der Schulleiterin/des Schulleiters	
Anschrift der Schule	

(Auftraggeber/-in)

und

Nachname, Vorname	Geburtsdatum
Anschrift	
Finanzamt	Steuernummer/Identnummer

(Auftragnehmer/-in)

wird folgender Vertrag geschlossen:

§ 1 Leistung

Der/Die Auftraggeber/-in wird an der o. g. Schule selbstständig folgende Leistung erbringen:

Name des Projekts	
Ort	
Zeitraum	
Anzahl der Zeiteinheiten je Woche	
Wochentag(e)	Uhrzeit Beginn: Ende:

§ 2 Unentgeltlichkeit

(1) Der/Die Auftragnehmer/-in erhält für die o. g. Tätigkeit keine Vergütung.

(2) Ihr/ihm wird eine pauschale Aufwandsentschädigung von

Betrag in € / Monat

 gewährt. Sie dient der Abgeltung der Fahrkosten und sonstiger Aufwendungen. Einzelnachweise sind nicht erforderlich. In einzelnen Monaten höhere Aufwendungen führen nicht zu einer Erhöhung der Aufwandsentschädigung.

(3) Die monatliche Aufwandsentschädigung wird um 1/4 je Woche, in denen die vereinbarte nicht erbracht wird, gekürzt. Soweit der/die Auftragnehmer/-in an mehreren Tagen der Woche Leistungen erbringt, kommt eine Kürzung für die jeweilige Woche nur dann in Betracht, wenn weniger als die Hälfte der wöchentlichen Angebote stattgefunden haben. Dabei ist es unerheblich, aus welchem Grund die Leistung nicht erbracht wurde. Die Vertragsparteien benachrichtigen die jeweils andere Partei zum frühestmöglichen Zeitpunkt über die Nichtdurchführbarkeit der Leistung.

(4) Der Nachweis der Durchführung der Leistung ist monatlich jeweils bis zum 10. des folgenden Kalendermonats bei dem/der Auftraggeber/-in einzureichen. Notwendige Kürzungen der pauschalen Aufwandsentschädigung werden fälligen Zahlungen verrechnet. Die Zahlung der Aufwandsentschädigung für den letzten Kalendermonat erfolgt erst nach Vorliegen des entsprechenden Nachweises.

(5) Die Aufwandsentschädigung wird auf nachfolgend genanntes Konto überwiesen:

IBAN	
Kontoinhaber/-in	
BIC	Kreditinstitut

§ 3 Soziale Absicherung

(1) Der/Die Auftragnehmer/-in wird darauf hingewiesen, dass pauschale Aufwandsentschädigungen bis zu 3.000,00 € je Kalenderjahr steuer- und sozialversicherungsfrei sind.

(2) Mehrere Aufwandsentschädigungen aus ehrenamtlichen Tätigkeiten sind dabei zusammen zu rechnen. Der/Die Auftragnehmer/-in zeigt dem/der Auftraggeber/-in das Vorliegen weiterer ehrenamtlicher Tätigkeiten mit Aufwandsentschädigung unaufgefordert an, soweit in der Summe der Betrag von 3.000,00 € im Kalenderjahr überschritten wird.

(3) Der/Die Auftragnehmer/-in ist gesetzlich unfallversichert. Die zuständige Unfallkasse ist die

Unfallkasse Brandenburg,
Müllroser Chaussee 75
15236 Frankfurt (Oder).

(4) Die/Der Auftraggeber/-in weist darauf hin, dass er nach Maßgabe der Mitteilungsverordnung (MV) vom 07.09.1993 zuletzt geändert durch das Dritte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23.12.2003, verpflichtet ist, dem zuständigen Finanzamt schriftlich zu melden, wenn die an den/die Auftragnehmer/-in geleisteten Zahlungen mindestens 1.500 € pro Jahr betragen und der Zahlungsempfänger nicht im Rahmen einer land- und forstwirtschaftlichen, gewerblichen oder freiberuflichen Haupttätigkeit gehandelt hat. Wiederkehrende Bezüge sind unabhängig von der Höhe zu melden. Die Mitteilung an das Finanzamt wird die Behörde, die anordnende Stelle, das Aktenzeichen, den Zahlungsempfänger, Grund, Höhe und Tag der Zahlung sowie das Geburtsdatum enthalten.

§ 4 Rechtsstellung

(1) Der/Die Auftragnehmer/-in übt die übernommene Tätigkeit in eigener Verantwortung aus. Dabei sind die Interessen der/des Auftraggebers/-in zu berücksichtigen. Der/Die Auftragnehmer/-in ist in Bezug auf die inhaltliche Ausgestaltung der Leistung frei. Es sind jedoch fachliche Vorgaben des/der Auftraggebers/-in insoweit zu beachten, wie es der geordnete Schulbetrieb zum Wohl der Schülerinnen und Schüler erfordert.

(2) Die/Der Auftragnehmer/-in wird im Rahmen schulischer Veranstaltungen tätig. Die/Der Auftragnehmer/-in wird im Rahmen der Leistungserbringung von der Schule mit der Wahrnehmung der Aufsicht über die Schülerinnen und Schüler nach den Regelungen der VV-Aufsicht beauftragt, soweit keine anderweitige schulische Aufsicht besteht.

(3) Die/Der Auftragnehmer/-in hat das Recht, auch für andere Auftraggeber/-innen tätig zu werden. Ausschließlichkeitsbindungen und/oder Wettbewerbsverbote bestehen nicht.

(4) Die/Der Auftragnehmer/-in wurde darüber belehrt, dass sie/er über innerschulische Vorgänge und schutzwürdige persönliche Verhältnisse von Schülerinnen und Schülern oder Beschäftigten Stillschweigen zu wahren hat.

§ 5 Kündigung

Der Vertrag kann ordentlich bis spätestens am 15. eines Monats für den Schluss des Kalendermonats von beiden Seiten gekündigt werden. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung bleibt unberührt.

§ 6 Vertragsänderungen

(1) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.

(2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon unberührt.

§ 7 Schlussbestimmungen

(1) Jede unterzeichnende Partei hat eine Ausfertigung dieses Vertrages erhalten.

Ort, Datum	Unterschrift Auftraggeber/-in	Unterschrift Auftragnehmer/-in
------------	-------------------------------	--------------------------------

Anlage 2 Erstinformation Startchancen-Programm

--	--	--

Auszufüllen durch die Schulleitung:

Führungszeugnis bei Vertragsabschluss

Erfordernis des Vorliegens eines erweiterten Führungszeugnisses nach § 30a Bundeszentralregistergesetz (BZRG)

- Das erweiterte Führungszeugnis für Frau/Herr _____ wurde im Original mit Ausstellungsdatum vom _____ vorgelegt.
- Die Vorlage des Führungszeugnisses ist nicht erforderlich, weil Wählen Sie ein Element aus.

Datum

Unterschrift der Schulleitung

Bescheinigung über den geprüften Immunisierungsnachweis Masern gemäß § 20 Absatz 9 Satz 1 Nummer 3 Impfschutzgesetz

Frau/Herr

Name, Vorname

ist nach dem 31.12.1970 geboren und hat mir gegenüber für eine Tätigkeit in einer Gemeinschaftseinrichtung nachgewiesen:

- eine entsprechende Impfdokumentation über den ausreichenden Impfschutz oder
- ein ärztliches Zeugnis über die Immunisierung oder eine medizinische Kontraindikation.

Datum

Unterschrift der Schulleitung

Auszufüllen durch den/die Auftragnehmer/-in:

Bekennnis zur Beachtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Nachname, Vorname	Geburtsdatum
Anschrift	

Belehrung

Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist das Gegenteil des totalitären Staates, der als ausschließliche Herrschaftsmacht Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit ablehnt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind insbesondere zu rechnen:

- die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht auf Leben und freie Entfaltung der Persönlichkeit, der Volkssouveränität, die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip,
- die Chancengleichheit für alle politischen Parteien,
- das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Die Teilnahme an Bestrebungen, die sich gegen diese Grundsätze richten, ist unvereinbar mit einer Tätigkeit in einer Einrichtung des öffentlichen Dienstes.

Erklärung

Ich bin darüber belehrt worden, dass die Teilnahme an Bestrebungen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung oder gegen ihre grundlegenden Prinzipien gerichtet sind, mit einer Tätigkeit in einer Gemeinschaftseinrichtung des Landes unvereinbar ist.

Aufgrund der mir erteilten Belehrung erkläre ich hiermit, dass ich die Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bejahe und dass ich bereit bin, mich jederzeit durch mein gesamtes Verhalten zu der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten.

Ich versichere ausdrücklich, dass ich in keiner Weise Bestrebungen unterstütze, deren Ziele gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung oder gegen eines ihrer grundlegenden Prinzipien gerichtet sind.

Ich bin mir bewusst, dass beim Verschweigen einer solchen Unterstützung der Vertrag als durch arglistige Täuschung herbeigeführt angesehen wird. Arglistige Täuschung führt zur Nichtigkeit des Vertrages.

Datum

Unterschrift des/der Auftragnehmers/-in